

Der IHK-Konjunkturbericht Jahresbeginn 2025

für die Region Düsseldorf | Mittlerer Niederrhein

Keine Trendwende in Sicht – Strukturkrise belastet

Die Wirtschaft in der Region sieht keine Anzeichen für eine Erholung. Aus der Konjunkturkrise hat sich eine tiefgreifende strukturelle Krise entwickelt. Das Geschäftsmodell der deutschen Wirtschaft als exportierender Industriestandort erweist sich zunehmend als nicht wettbewerbsfähig, was die außenhandelsorientierte Region besonders hart trifft. Die Folge: Unternehmen berichten weiterhin von einer schlechten Geschäftslage und blicken zunehmend pessimistisch in die Zukunft. Das ist das Ergebnis des Konjunkturberichts der IHKs Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein. An der zugrunde liegenden Umfrage haben sich mehr als 800 Unternehmen mit mehr als 80.000 Beschäftigten beteiligt.

Lediglich 22,0 Prozent der Betriebe bewerten ihre aktuelle Lage als gut, während 30,2 Prozent eine schlechte Geschäftslage melden. Der Geschäftslageindikator – berechnet aus der Differenz dieser beiden Werte – liegt bei -8,2 Punkten. Damit befindet er sich zum dritten Mal in Folge im negativen Bereich, zeigt jedoch eine leichte Verbesserung gegenüber der letzten Umfrage (-11,0 Punkte). Sah es zuletzt so aus, als sei der Tiefpunkt langsam erreicht, weisen die Erwartungen für das laufende Jahr darauf hin, dass das Gegenteil der Fall ist. Zum ersten Mal überhaupt sind die Erwartungen zum dritten Jahresstart in Folge pessimistisch. 14,7 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung ihrer Geschäfte, 30,4 Prozent mit einer Verschlechterung. Der Geschäftserwartungsindikator liegt bei -15,7 Punkten und damit deutlich niedriger als in den vergangenen beiden Vorumfragen. Zuletzt lag der Wert bei -2,7 Punkten. Es sieht somit nicht danach aus, als könnte im Jahr 2025 eine spürbare Trendwende erreicht werden.

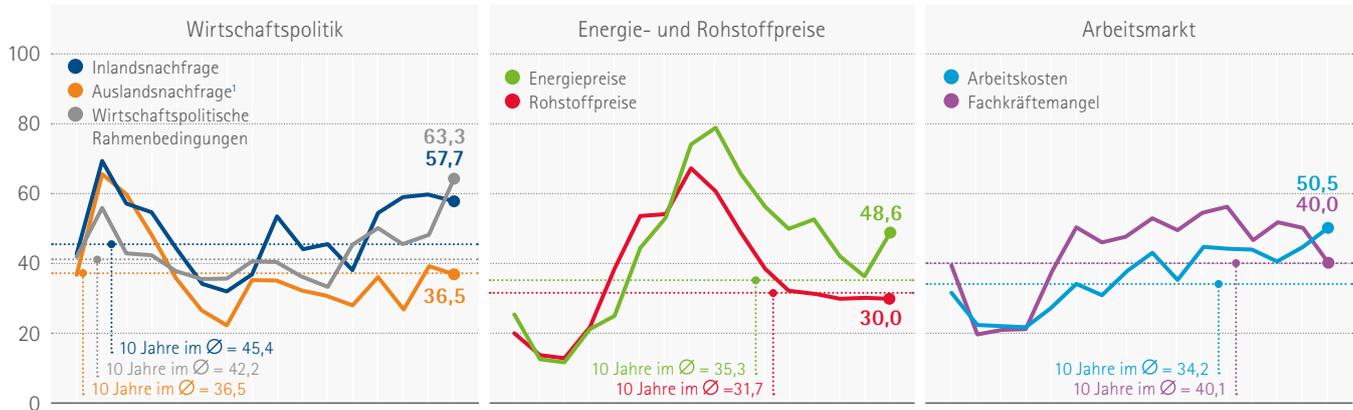
Die Unternehmen sind nicht überzeugt, dass sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl grundlegend ändern werden. Das betrifft etwa die Bürokratie, die nur schleppende Ertüchtigung der Infrastruktur, die hohe Steuerlast oder die Sicherung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Demografie belastet die Sozialversicherungssysteme und erhöht die Lohnzusatzkosten trotz weiter hoher Beschäftigungsquote. Die Unsicherheit über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik belastet die Investitionstätigkeit. In den USA fördert die Wahl von Donald Trump den Protektionismus und kann zudem zu einem neuen Handelskrieg zwischen den USA und China führen – eine Herausforderung für eine Exportnation mit schwindender Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen erwarten die Betriebe auch aus dem Ausland keine Impulse.

Die Konsumneigung ist trotz der Realloohnerhöhungen kaum gestiegen, zu groß ist die Furcht in der Bevölkerung vor einem persönlichen sozialen Abstieg. Schließlich steigt auch der Druck am Arbeitsmarkt weiter: Immer mehr Unternehmen wollen ihre Beschäftigtenzahl verringern. Das dürfte sich weiter negativ auf die Arbeitslosenquote in der Region auswirken. Diese ist zwar im Langfristvergleich noch niedrig, aber in der Tendenz seit knapp drei Jahren steigend.

Mittelfristige Chancen ergeben sich nur, wenn die künftige Bundesregierung die Wiederbelebung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu einer zentralen Priorität im Koalitionsvertrag macht. Das ist die einzige Möglichkeit, die Strukturkrise zu überwinden. Unwahrscheinlich ist es jedoch, dass es noch in diesem Jahr positive Auswirkungen geben wird.

Konjunkturrisiken | Auftragseingänge

Abb. 1: Risiken für die Konjunkturentwicklung, Jahresbeginn 2020 bis Jahresbeginn 2025 in Prozent



Politischer Stillstand frustriert die Wirtschaft

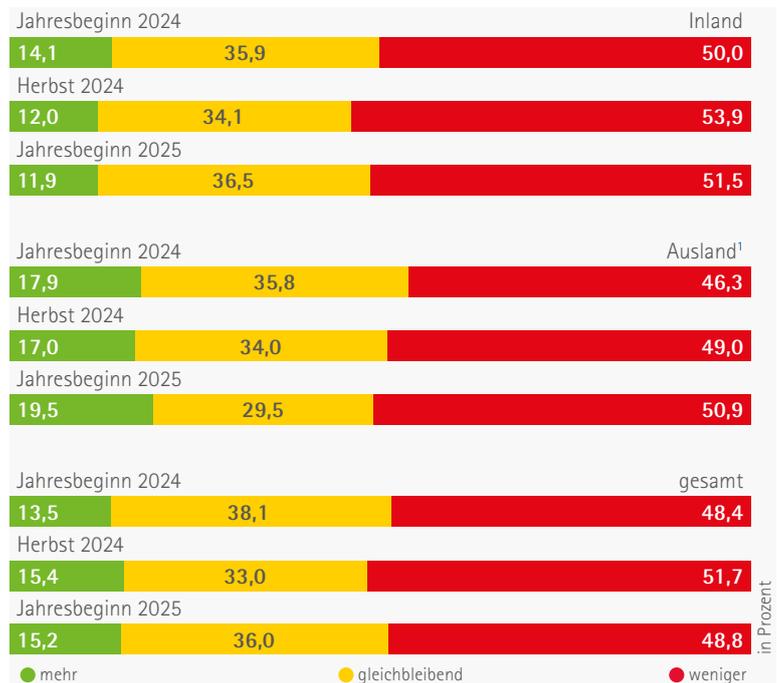
Mittlerweile betrachten 63 Prozent der Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko für das laufende Jahr – ein Anstieg fast 16 Prozentpunkte innerhalb weniger Monate und zugleich der höchste Wert seit Beginn der Erhebung. Damit rangieren sie noch vor der weiterhin schwachen Inlandsnachfrage als größtes Geschäftsrisiko. Während es im Herbst noch leichte Hoffnung auf wirtschaftspolitische Reformen gab, sorgt der politische Stillstand in Berlin inzwischen für zu-

nehmenden Frust in der Wirtschaft. Zudem betrachten mittlerweile 50 Prozent der Betriebe die Arbeitskosten als Risiko für ihr Unternehmen – ebenfalls ein Rekordwert. Diese Entwicklung wird vor allem durch die sehr hohen Tarifabschlüsse und die weiter steigenden Lohnnebenkosten verursacht. Auch die Energiekosten gewinnen wieder an Bedeutung als Geschäftsrisiko. Die Netzentgelte belasten weiter und steigende Unsicherheit auf den Energiemärkten haben zu höheren Terminkursen geführt.

Erneut weniger Aufträge aus dem In- und Ausland

In allen Industriesparten melden weiterhin mehr Unternehmen Auftragsrückgänge als Auftragszuwächse. Das gilt für Bestellungen aus dem In- wie auch aus dem Ausland. Besonders negativ im Vergleich zur Vorumfrage entwickeln sich die Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland. Mittlerweile melden nur noch 10 Prozent steigende, knapp 60 Prozent der Betriebe sinkende Inlandsorders. Die Unternehmen spüren weiter die zurückgehende Investitionsneigung der deutschen Wirtschaft. Bei den energieintensiven Industriebranchen ist die Entwicklung der Bestellungen aus dem Ausland ungünstiger als in den anderen Sparten – ein Zeichen für die schlechte internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Energiekosten dieser häufig sehr exportstarken Branchen. Deswegen rechnet die energieintensive Industrie mit einem sinkenden Exportabsatz im laufenden Jahr, während die Investitionsgüterproduzenten zumindest von einer Stabilisierung ausgehen.

Abb. 2: Auftragseingänge in der Industrie (inkl. Bauwirtschaft)



1 nur Betriebe mit Auslandsgeschäft

Kapazitätsauslastung | Investitionen

Bauauslastung erreicht neuen Tiefpunkt

Seit dem Spätsommer 2022 liegt die Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes in der Region unter der 80-Prozent-Marke – ein weiteres Indiz für die strukturelle Natur der Krise. Eine derart anhaltend niedrige Auslastung gab es zuletzt Anfang der 2000er-Jahre, als die damalige Strukturkrise der deutschen Wirtschaft erst durch umfassende Arbeitsmarktreformen überwunden wurde. Der Abwärtstrend setzt sich angesichts sinkender Auftrageingänge fort: Im Vergleich zur vorherigen Umfrage ist vor allem die Auslastung in der Bauwirtschaft weiter gesunken und erreicht einen neuen Tiefpunkt. Auch die Auftragsrückgänge der Investitionsgüterproduzenten spiegeln sich in einer nochmals verringerten Kapazitätsauslastung wider. Die Auslastung der Vorleistungsgüterproduzenten bleibt auf einem sehr niedrigen Niveau, liegt jedoch leicht über dem Wert der Vorumfrage.

Abb. 3: Kapazitätsauslastung in Industrie und Bauwirtschaft in Prozent

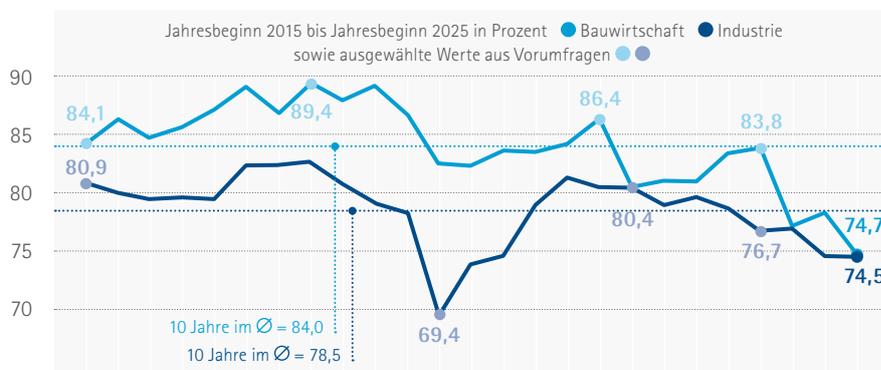


Abb. 3 a: Kapazitätsauslastung nach Sparten (Produzierendes Gewerbe)



Abb. 3 b: Kapazitätsauslastung in der Industrie (ohne Bau) in Prozent

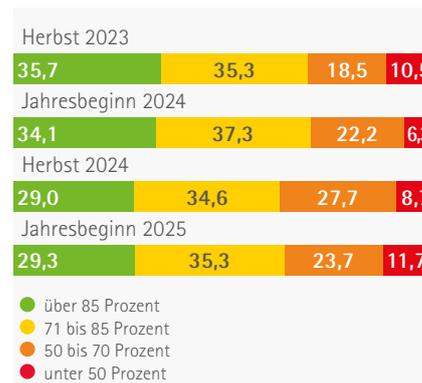


Abb. 4: Geplante Investitionsausgaben (Inland)²

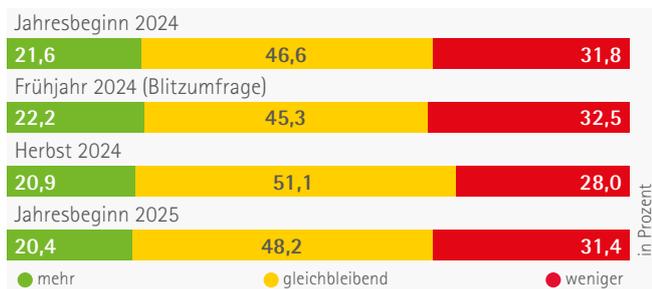


Abb. 4 a: Hauptmotive für Inlandsinvestitionen

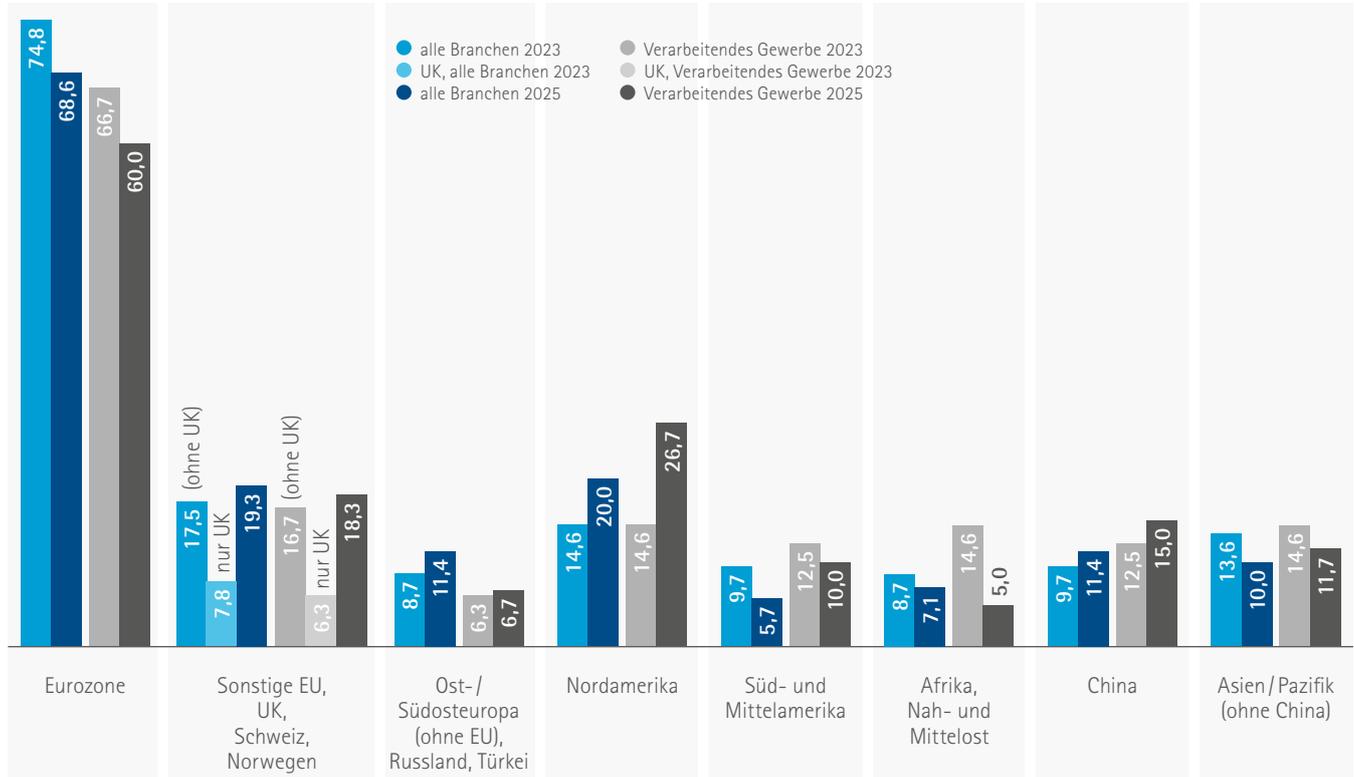


Abermals Kürzungen der Investitionsbudgets

Politische Unsicherheit hemmt die Investitionsneigung. Es ist unklar, in welche Richtung die Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl steuert. Gibt es mehr Staatseingriffe und Subventionen oder gibt es eine Angebotspolitik mit weniger staatlicher Steuerung? Solange diese Frage nicht geklärt ist, werden sich die Betriebe mit Investitionen zurückhalten, insbesondere in der Industrie. Und damit wird auch im Jahr 2025 wieder weniger investiert als im Vorjahr. Das gilt für alle Branchen mit Ausnahme der Dienstleister, die ihre Budgets leicht erhöhen möchten. Bei den Investitionsmotiven hat vor allem der Umweltschutz an Bedeutung verloren, aber nicht weil die Betriebe das Thema als weniger wichtig empfinden. Umweltschutzmaßnahmen hängen eben häufig auch an Fördertöpfen und staatlicher Lenkung. Wenn klar ist, in welche Richtung die Wirtschaftspolitik zukünftig steuert, wird der Umweltschutz auch wieder an Bedeutung gewinnen. Angesichts des demografischen Wandels und steigender Arbeitskosten steigt unter den Investitionsmotiven dagegen der Anteil an Rationalisierungsmaßnahmen – insbesondere in den energieintensiven Industriebranchen.

Schwerpunkt: Auslandsinvestitionen

Abb. 5: Entwicklung der Auslandsinvestitionen nach Zielregionen 2023 und 2025 im Vergleich, Anteil an allen Unternehmen mit Auslandsinvestitionen in Prozent

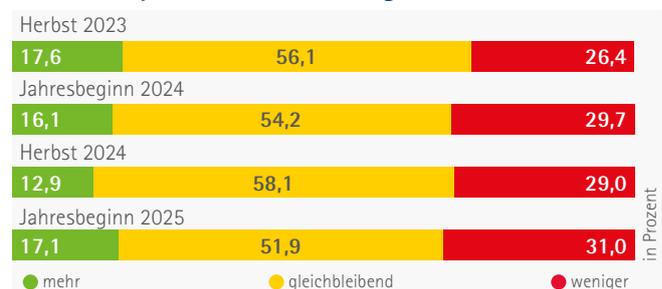


Unternehmen drosseln Auslandsinvestitionen

Die schwierige Wirtschaftslage zwingt Unternehmen, ihre Auslandsinvestitionen auf das Wesentliche zu konzentrieren. Daher planen lediglich 17 Prozent der international tätigen Firmen, ihre Investitionen im Ausland im Jahr 2025 zu erhöhen, während 31 Prozent sie reduzieren müssen. Dieser Rückgang betrifft sämtliche Branchen, besonders stark jedoch die Industrie und den Großhandel. Ein zentraler Grund für Auslandsinvestitionen ist zunehmend die Verlagerung der Produktion aus Kostengründen – ein Argument, das bei 45 Prozent der Industrieunternehmen bereits den wichtigsten Beweggrund darstellt. Im langfristigen Vergleich ist dies ein außergewöhnlich hoher Wert, der die Zukunftsfähigkeit der Standorte in der Region infrage stellt. Die Eurozone gewinnt als Zielregion für Investitionen wieder an Bedeutung, da sich ihre wirtschaftliche Lage 2024 etwas verbessert hat. Für 70 Prozent der Betriebe, im Vergleich zu 60 Prozent im Vorjahr, ist sie eine wichtige Investitionsregion. Andere Zielregionen zeigen kaum Veränderungen: Die Attraktivität von Afrika sowie des Nahen und Mittleren Ostens nimmt angesichts der multiplen Krisen weiter ab. China hingegen verzeichnet einen leichten Bedeutungszuwachs, bleibt jedoch deutlich hinter den Werten vor der Corona-Pandemie zurück. Zum Vergleich: 2019 bezeichneten 30 Prozent der Industriebetriebe mit Auslandsinvestitionen China als

Zielregion, aktuell sind es nur noch 15 Prozent. Nordamerika ist für 27 Prozent der Unternehmen eine bedeutende Region für Auslandsinvestitionen. Dieser Wert ist bereits im vergangenen Jahr deutlich nach oben geschneit. Möglicherweise erhoffen sich die Betriebe zum einen, so ihr USA-Geschäft sichern zu können. Schließlich können Zölle die Produktion vor Ort nicht belasten. Im Gegenteil, diese Betriebe wären dann genauso wie die übrigen US-Betriebe vor auswärtiger Konkurrenz geschützt. Zum anderen sind die Energiekosten in Nordamerika deutlich geringer. Deswegen ist die Region vor allem für Betriebe, deren Produktion hierzulande aufgrund hoher Energiekosten nicht mehr rentabel ist, als Zielregion von Auslandsinvestitionen besonders relevant.

Abb. 5a: Geplante Investitionsausgaben (Ausland)³



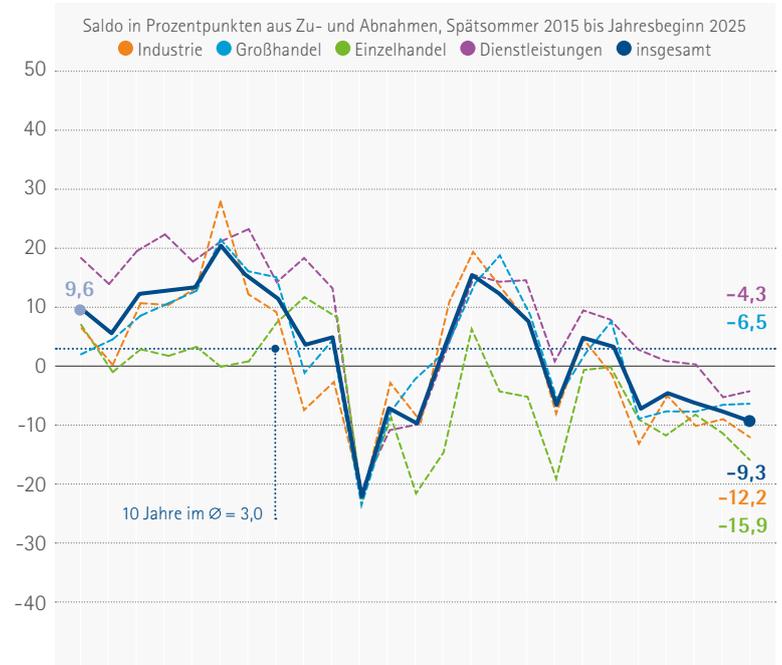
3 nur Betriebe mit Auslandsinvestitionen

Arbeitsmarkt

Personalabbau droht

Schlechte Auftragslage und hohe Arbeitskosten: Für den Arbeitsmarkt ist das keine gute Mischung. Die Arbeitslosigkeit in der Region steigt bereits und in einigen Kreisen sinkt auch die Anzahl der Beschäftigten. Für das Jahr 2025 rechnen die Unternehmen mit einem Personalabbau. In allen Branchen überwiegen die Unternehmen, die Personal reduzieren müssen, gegenüber den Betrieben, die Stellen aufbauen möchten. In den energieintensiven Branchen rechnet jedes dritte Unternehmen mit einem Stellenabbau, während weniger als jeder zehnte Betrieb Stellen aufbauen möchte. Somit schrumpft auch die Bedeutung des Fachkräftemangels als Geschäftsrisiko. Der Fachkräftemangel ist nur noch Konjunkturrisiko Nummer fünf. Er wird von 40 Prozent der Betriebe als wesentliches Risiko benannt, vor wenigen Monaten waren es noch 50 Prozent. Ein Drittel der Betriebe mit Personalbedarf findet mittlerweile ohne Probleme Fachkräfte, im Herbst lag der Wert bei 19 Prozent.

Abb. 6: Beschäftigungserwartungen

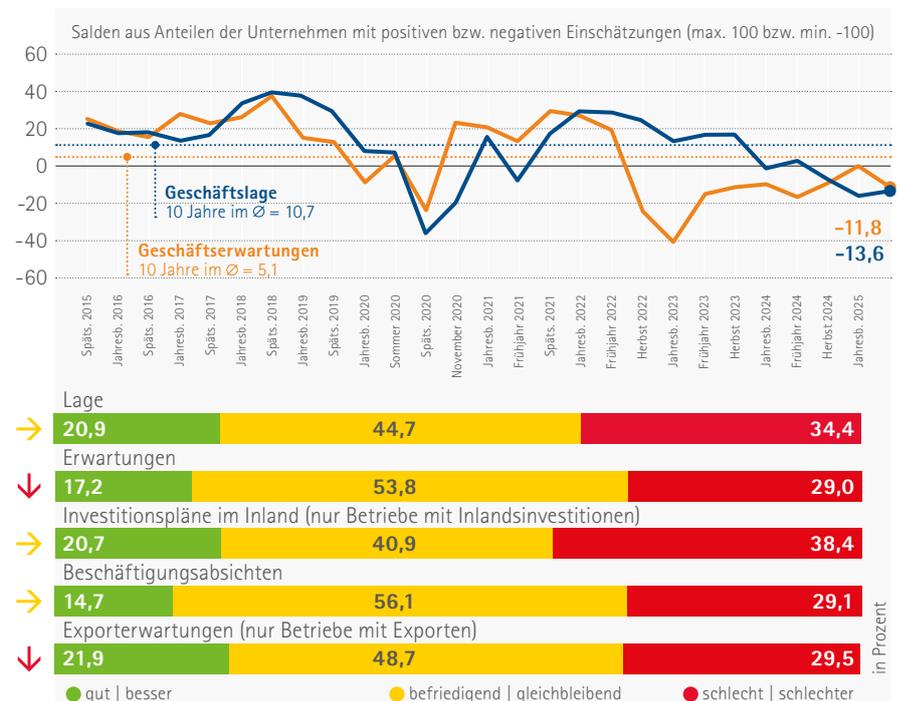


Branchen

Industrie: Sieht kein Ende der Rezession

Die Industrie ist stark unter Druck. Selbst zarte Hoffnungen auf eine Trendwende wurden erneut verschoben. Die Rezession hat nun auch die Investitionsgüterbranche erfasst, mit jetzt deutlich schlechten Lageurteilen (Saldo: -12 Punkte). Auch die Lage der energieintensiven Branchen hat sich verschlechtert. Besonders übel ist sie in der Metallindustrie. Fast überall sanken erneut die Auftragseingänge, teils bei erheblich mehr als jedem zweiten Betrieb. Absatzsorgen bestehen vor allem im Inland, während die Investitionsgüterproduzenten für ihre Auslandsgeschäfte trotz der gewachsenen Standortnachteile noch auf nahezu Stabilität hoffen. Die Personalpläne sind meist noch etwas restriktiver als zuvor, vor allem in den energieintensiven Branchen und in der Metallindustrie. Auch die Investitionsbudgets werden verbreitet erneut gekürzt.

Abb. 7: Konjunkturindikatoren in der Industrie⁴, Jahresbeginn 2025

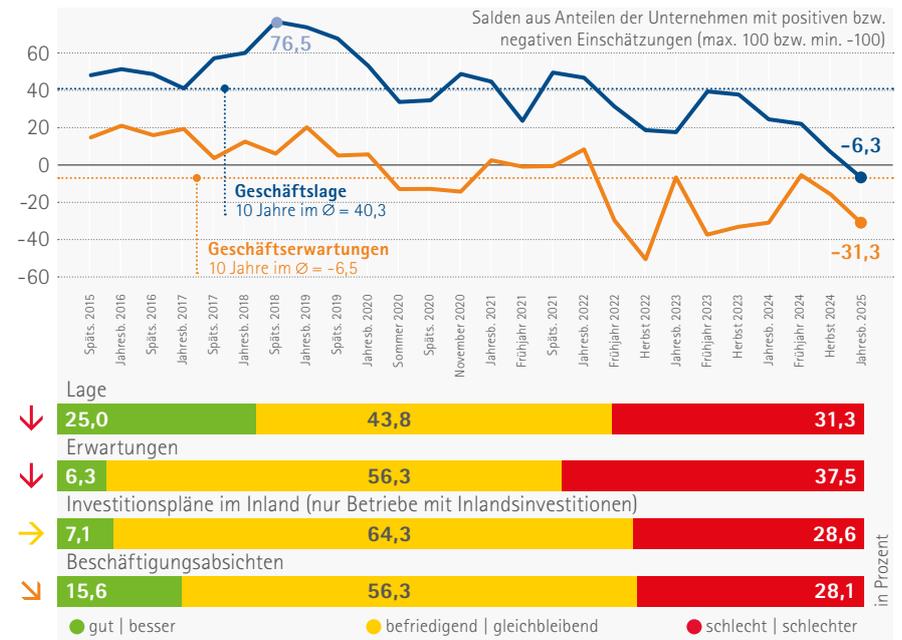


Branchen

Bau: Lage spitzt sich zu

Der langjährige Abwärtstrend der Bauwirtschaft hat sich ungebrochen fortgesetzt. Erstmals seit 15 Jahren beurteilt die Branche ihre Geschäftslage nun sogar negativ (Saldo: -6 Punkte). Und die pessimistischen Stimmen haben nochmals deutlich zugenommen. Nur noch wenige Betriebe (6 Prozent) hoffen kurzfristig auf eine Trendwende, die Hälfte dagegen befürchtet einen weiteren Nachfragerückgang. Betroffen sind alle Sparten: Der Wohnungsbau bereits im dritten Jahr, der Wirtschaftsbau angesichts der hartnäckigen Rezession mittlerweile auch. Und der Tiefbau leidet, trotz eines massiven Investitionsstaus, unter knappen öffentlichen Mitteln. Die Finanzlage ist insgesamt noch nicht besorgniserregend, wenngleich weiterhin jeder vierte Betrieb über zunehmende Forderungsausfälle und jeder fünfte über Liquiditätsengpässe klagt.

Abb. 8: Konjunkturindikatoren in der Bauwirtschaft, Jahresbeginn 2025

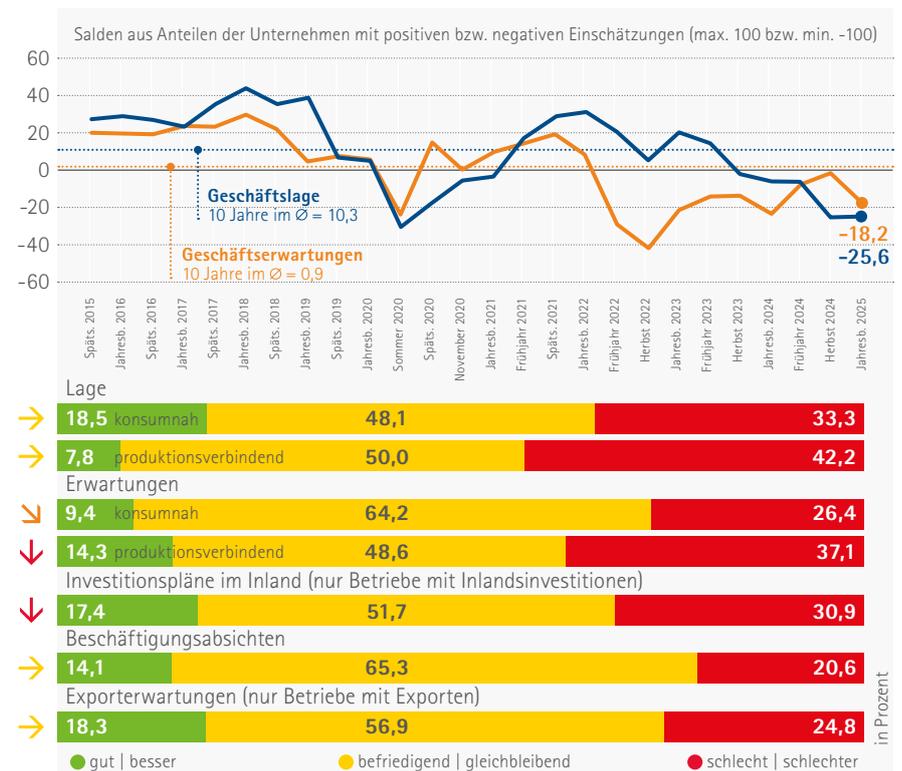


Trendpfeile: Veränderung zur Vorumfrage, Erläuterung auf Seite 8

Großhandel: Im Sog der Industrie

Weiter der Wirtschaftszweig mit der schlechtesten Lagebeurteilung bleibt der Großhandel. Vor allem die produktionsverbindende Sparte befindet sich im Abwärtssog ihrer Industriekunden. Die Umsätze sind bei 56 Prozent dieser Betriebe gesunken und nur bei 15 Prozent gestiegen. Entsprechend verharrt ihre Lagebeurteilung bei -34 Punkten. Immerhin ist die Finanzlage dieser Betriebe insgesamt weiter unproblematisch. Gleichwohl melden 9 Prozent zunehmende Forderungsausfälle. Pessimistischer als letzten Herbst sind beide Sparten. Die konsumnahen Händler befürchten wegen des flauen Konsumklimas zu saldiert -23 Punkten (nach -4), dass ihr Absatz im Inland (weiter) sinkt. Im produktionsverbindenden Großhandel lauten die entsprechenden Werte -11 nach zuvor -1 Punkt. Beide Sparten hegen leicht negative Personalpläne. Die Investitionsbudgets werden hier wie dort zurückgefahren.

Abb. 9: Konjunkturindikatoren im Großhandel, Jahresbeginn 2025



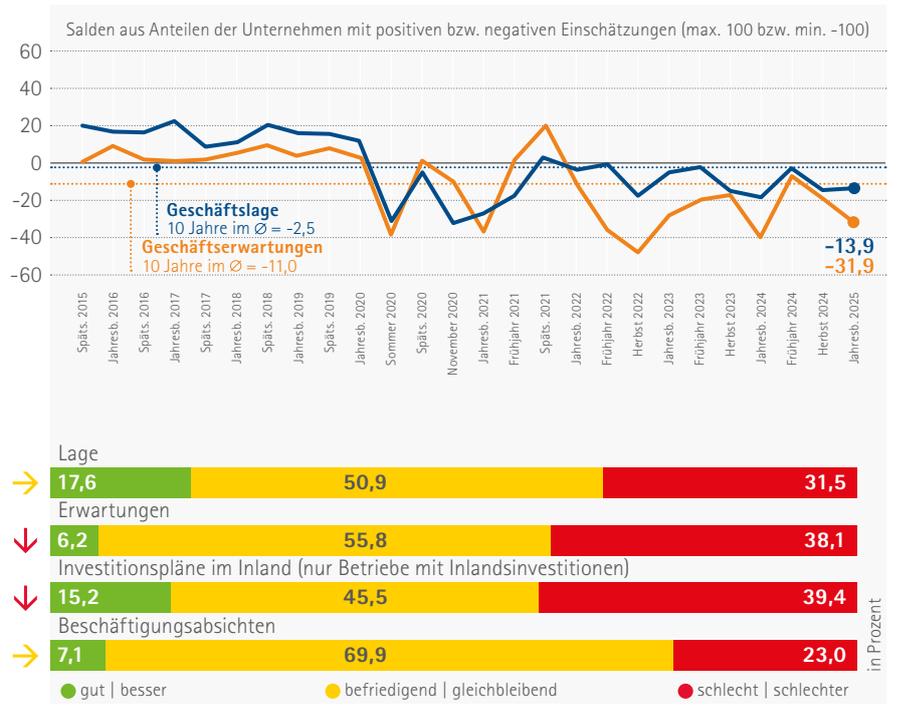
Trendpfeile: Veränderung zur Vorumfrage, Erläuterung auf Seite 8

Branchen

Einzelhandel: Spürt Abstiegsängste der Konsumenten

Der politische Stillstand, ungewisse Perspektiven auch nach der Bundestagswahl, der mittlerweile angespannte Arbeitsmarkt sowie die Belastungssprünge in den Sozialversicherungen und bei öffentlichen Gebühren trüben die Konsumlaune der Verbraucher merklich. So schlagen sich die meist weiter gut belebten Stadtzentren zu wenig in den Ladenkassen nieder. Die Lage im Einzelhandel bleibt gedrückt, eine Trendwende ist zeichnet sich nicht ab: Sieben von acht Händlern erwarten einen Umsatzrückgang, bestenfalls Konstanz. Entsprechend berichten nur noch 57 Prozent der Betriebe über eine unproblematische Finanzlage, aber fast 30 Prozent von Liquiditätsengpässen. Ihre Personalpläne sind nochmals leicht restriktiver als letzten Herbst, lediglich unterboten von der Vorleistungsgüterindustrie. Angesichts dieser trüben Vorzeichen hat die Branche ihre bereits letzten Herbst rückläufigen Investitionsbudgets nochmals verstärkt gekürzt.

Abb. 10: Konjunkturindikatoren im Einzelhandel (inkl. Kfz), Jahresbeginn 2025

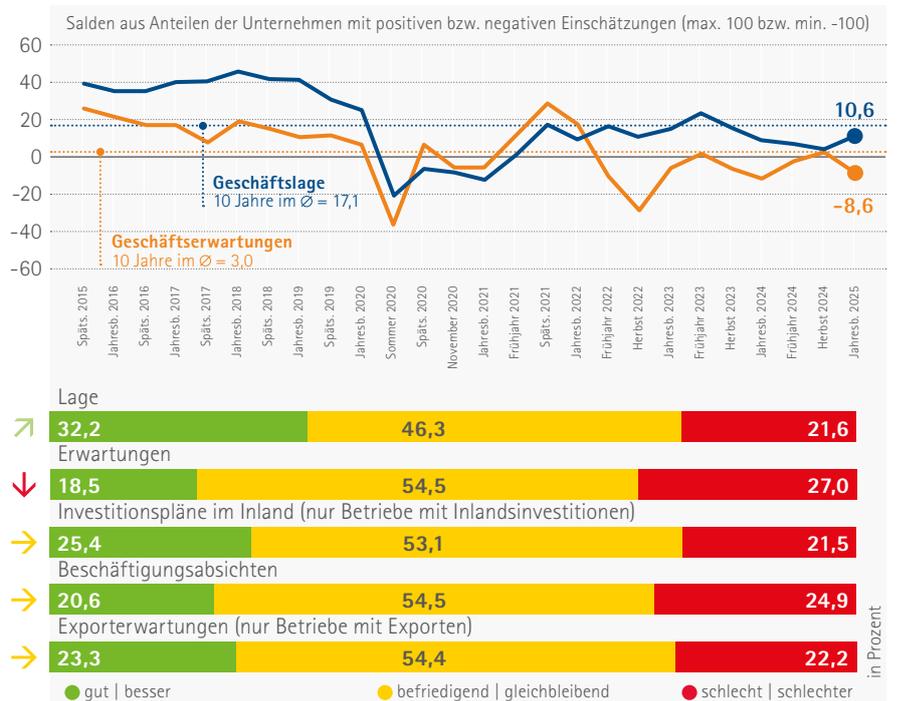


Trendpfeile: Veränderung zur Vorumfrage, Erläuterung auf Seite 8

Dienstleister: Lage verbessert, aber pessimistische Erwartung

Erneut beurteilen die sonstigen Dienstleister als einzige Branche ihre Geschäftslage leicht positiv (Saldo 11 Punkte), sogar etwas deutlicher als noch im Herbst. Allerdings mehren sich ihre Zweifel, ob dies auch weiter so bleibt. Über schlechte Geschäfte berichten vor allem die Medienbranchen, Teile der Wohnungswirtschaft und sogar die bislang so stabilen IT-Dienstleister. In der Logistik hingegen ist es zu einer kleinen Atempause gekommen, mit aktuell in etwa gleich vielen zufriedenen wie unzufriedenen Betrieben. Letztere sind allerdings angesichts der verschärften Rezession besonders skeptisch, was die weitere Entwicklung dieses Jahres betrifft. Als Beschäftigungsmotor dürften die Dienstleister erst mal ausfallen, wenigstens aber den Arbeitsmarkt stabilisieren. Der Fachkräftemangel schwächt sich weiter ab, während die steigenden Arbeitskosten merklich mehr Betriebe belasten.

Abb. 11: Konjunkturindikatoren der Dienstleister, Jahresbeginn 2025



Trendpfeile: Veränderung zur Vorumfrage, Erläuterung auf Seite 8

Ausgewählte wirtschaftsstatistische Daten für die Region Düsseldorf | Mittlerer Niederrhein

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Ende Juni 2024)	1.125.632	+1,1%	gegenüber Vorjahr
Unterbeschäftigung im engeren Sinne* (01 / 2025)	126.276	+1,1%	gegenüber Vorjahr
Arbeitslosenquote** (01 / 2025)	7,9%	7,4%	im Vorjahr
Gemeldete Stellen (sofort zu besetzen, sozialversicherungspflichtig; 01 / 2025)	16.461	-6,5%	gegenüber Vorjahr
Industrieumsatz*** (01 bis 11 / 2024)	43.334 Mio. Euro	-1,2%	gegenüber Vorjahr
darunter mit dem Ausland*** (01 bis 11 / 2024)	16.669 Mio. Euro	+4,0%	gegenüber Vorjahr
Exportquote*** (01 bis 11 / 2024)	54,8%	52,1%	im Vorjahr

Quellen: Agenturen für Arbeit, IT.NRW, eigene Berechnungen

- * Registrierte Arbeitslose und Personen, die nur deshalb nicht als arbeitslos zählen, weil sie an Programmen der Arbeitsagenturen teilnehmen.
- ** Errechnet aus Angaben für die einzelnen Agenturbezirke.
- *** Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 50 und mehr tätigen Personen.

Trendaussagen

Veränderung des Saldos
gegenüber der Vorumfrage ...

- ... um mehr als 10 Prozentpunkte: ↑ | ... zwischen 5 und 10 Prozentpunkten: ↗
- ... zwischen -5 und 5 Prozentpunkten: →
- ... zwischen -10 und -5 Prozentpunkten: ↘ | ... um weniger als -10 Prozentpunkte: ↓

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein
Nordwall 39
47798 Krefeld
☎ 02151 635-0

Industrie- und Handelskammer
zu Düsseldorf
Ernst-Schneider-Platz 1
40212 Düsseldorf
☎ 0211 3557-0

Ansprechpartner:

Gregor Werkle
Leitung Wirtschaftspolitik
☎ 02151 635-353
@ Gregor.Werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Gerd H. Diestler
Referent für Energie- und Umweltwirtschaft
☎ 0211 3557-210
@ Gerd.Diestler@duesseldorf.ihk.de

Gestaltung:

360 Grad® Design, Krefeld

Stand:

Februar 2025